



DPoIG Berlin widerspricht Innensenatorin

Böllerverbotzonen verhindern flexible Einsätze

Null Toleranz für Böllerrandale zu Silvester! „Das ist die klare Forderung der Deutschen Polizeigewerkschaft“, sagt der DPoIG-Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf zum Vorstoß von Berlins Innensenatorin Iris Spranger.

Doch Böllerverbotzonen werden in einer Großstadt wie Berlin kaum das Zünden und Knallen verhindern. Stattdessen binden sie Kräfte. *„In der Praxis, das sehen wir zu Silvester und jetzt bei den Unruhen im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt, müssen wir viele Polizeikräfte plus Wasserwerfer einsetzen, um Straßenzüge zu räumen“*, so Bodo Pfalzgraf weiter.

Außerdem drücken Verbotszonen bei schwieriger Personallage noch eine Aufgabe mehr ins ohnehin brisante Einsatzgeschehen. *„Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen diese Areale rechtzeitig sichern, um später nicht in Menschenmengen, aus denen Knallkörper abgeschossen werden, hineinzudrängen, um der Verursacher habhaft zu werden“*, erklärt der Gewerkschaftsführer Bodo Pfalzgraf.

Böllerverbotzonen sind kein Allheilmittel! DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf sagt: *„Wir können nicht alle sozialen Brennpunkte zu Böllerverbotzonen machen und denken, damit sei alles in Ordnung.“*

Die Politik sollte sich auf die erfahrenen Polizeiführer verlassen, die bei solch brisanten Lagen ein flexibles System einsetzen. *„Unabhängig davon brauchen wir schon jetzt die Unterstützung des Zolls und der Bundespolizei, um die Einfuhr von gefährlichen Riesenböllern aus Polen zu verhindern“*, so die Einschätzung von Bodo Pfalzgraf.

Herausgeber:

Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB (DPoIG), Landesverband Berlin e.V.

Landesgeschäftsstelle Alt-Moabit 96 A, 10559 Berlin

Tel.: (030) 393 30 73 / 74 und Fax: (030) 393 50 92

E-Mail: post@dpolg-berlin.de und Internet: www.dpolg.berlin

V.i.S.d.P.: Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzender